



Wir Steirer



KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH

www.fpoe-stmk.at

GR Joachim Dokter - Referent für Marketing, Tourismus und Internationales - berichtet über Kontakte mit Gleisdorfer Partnerstädten.



Am 28. April 2017 besuchte eine Gemeindedellegation unsere ungarische Partnerstadt Nagykanizsa. Bürgermeister Christoph Stark, Ortsteilbürgermeisterin Rosemarie Taferl, StR. Sieglinde Krautstingl und der Referent für Marketing, Tourismus und Internationales - GR Joachim Dokter - waren angereist. Anlass war eine Festsitzung mit Ehrungen verdienter Mitbürger. Die Gastfreundschaft war wieder hervorragend. Nur wenige Tage später - zum Anlass 145 Jahre FF Gleisdorf - wurde unsere Stadt von Feuerwehrkameraden aus Winterbach in Deutschland sowie von einer Delegation der Gemeinde mit Bürgermeister Sven Müller an der Spitze besucht. Vor dem Festakt der Feuerwehr am 5. Mai 2017 gab es einen Empfang im Rathaus. Am Samstag wurde die Delegation von Mag. Siegbert Rosenberger durch unsere Stadt geführt. Am Nachmittag besuchten die Gäste aus Winterbach, in Begleitung von Rosemarie Taferl und Joachim Dokter, den Schlossberg in Graz. Joachim Dokter hatte am Sonntag die Ehre, unseren Freunden aus Winterbach die Riegersburg zu zeigen.

Raumordnung Der Süden wächst weiter ...

Die Kleine Zeitung berichtete unlängst über die Bevölkerungsentwicklung im Bezirk Weiz. Die Daten stammen von der Statistik Austria und geben die Veränderungen von 1991 bis 2016 wieder.

Einige Gemeinden mit den höchsten Steigerungen:

Ludersdorf-Wilferdorf:	+ 38,3 %
Albersdorf-Prebuch:	+ 31,7 %
Hofstätten a. d. R.:	+ 31,6 %
St. Ruprecht a. d. R.:	+ 18,5 %
Gleisdorf:	+ 18,1 %
Sinabelkirchen:	+ 17,3 %
St. Margarethen a. d. R.:	+ 10,7 %

Der Raumplanungsausschuss, begleitet von DI Reissner, ist derzeit dabei, das Stadtentwicklungskonzept - STEK 1.00 und den Flächenwidmungsplan - FWP 1.00 zu erstellen.

Von 375,2 Hektar Wohnbauland sind 319,5 Hektar bebaut, und 55,7 Hektar sind unbebaut. Dem gegenüber stehen bis 2029 1.360 notwendige und prognostizierte Wohneinheiten (WE) mit der Annahme von 2,01 Personen pro Haushalt.

Für die Verwirklichung gibt es mehrere Möglichkeiten und Szenarien (Verdichtung, Baulandmobilisierung, Siedlungsentwicklungen, Wohnbauanlagen, dezentral konzentrierte Siedlungsschwerpunkte, Festlegung von Siedlungsräumen und dazugehörigen Potenzialen), welche es zu entwickeln gilt.

Tatsächlich hat Gleisdorf derzeit bereits über 10.700 Einwohner bei einer Prognose für 2029 von 12.415 Einwohnern. Aus den oben angeführten Zahlen sieht man, dass die Achse von St. Ruprecht bis

nach St. Margarethen sehr stark wächst. Eine Zusammenarbeit dieser Gemeinden in raumplanerischen Fragen muss oberstes Ziel sein. Die Stadt Gleisdorf, so meine ich, ist für dieses Ansinnen sehr offen und es wird versucht, hier Achsen zu bilden.

Der Ausschuss hat bisher in den Sitzungen die Themen Umwelt und Naturraum, Energie und Infrastruktur, Wirtschaft sowie Bevölkerung- und Siedlungsentwicklung behandelt.

In einer ganztägigen Klausur Anfang Juli 2017 werden die Planungsinteressen und die Entwürfe STEK und FWP 1.00 besprochen sowie für eine Entscheidung im Gemeinderat vorbereitet.

Ihr StR. DI Fritz Aigner



Eintritt frei. Für Musik, Speisen und Getränke ist gesorgt!

Verlosung und Schätzspiel!



Ehregast und Feuerrede: NAbg. Sepp Riemer



Aus dem Gemeinderat

Der Hauptpunkt der Gemeinderatssitzung vom 20. Dezember 2016 war das Budget 2017.

Der Ordentliche Haushalt beträgt 22.543.100 Euro.

Der Außerordentliche Haushalt liegt mit 9.375.700 Euro vor.

Das Budget wurde mit 11 Gegenstimmen (8 SPÖ und 3 FPÖ) mit den Stimmen von ÖVP und Grünen beschlossen.

Einige Zahlen:

Der Personalaufwand ist von 30,66 Prozent auf 31,57 Prozent gestiegen. Dabei ist ein nicht unerheblicher Teil der Personalkosten für die Kinderbetreuung nicht darin enthalten.

Die Kinderbetreuung steigt von 1.230.800 Euro auf 1.246.200 Euro.

Die Sozialhilfverbandsumlage steigt von 2.028.500 Euro (ursprünglich 2.212.900 Euro, die Dezemberrate wurde ausgesetzt) auf 2.439.300 Euro.

Der Abgang Musikschule steigt von 412.700 Euro auf 466.600 Euro.

Die Finanzwirtschaft steht mit einem Plus von 364.900 Euro nicht schlecht da.

Die Reduktion der Ausschüttung der Stadtwerke konnte damit nicht kompensiert werden.

Die Hauptgründe für unsere Ablehnung:

- In einer „Hauruck-Aktion“ sind große Einschnitte in den Bereichen Sport, Jugend, Kultur, Umwelt, Seniorenverbände, Wirtschaft, Soziales etc. vorgenommen worden.
- Eine Reduzierung der Ausschüttung der Stadtwerke durch geplante Investitionen war schon länger zu erwarten. Ein Teil der 2015-Ausschüttung wurde verwahrt.
- Strukturmaßnahmen in allen Bereichen sind daher längst überfällig.
- Personalkosten, Kommunalsteueraufkommen, Betriebsansiedelungen müssen im Fokus stehen.



- Erst am 19. November 2016 gab es ein Nachtragsbudget für 2016. Darin enthalten waren der Entfall der 12. Rate der Sozialhilfverbandsumlage (184.400 Euro) und eine Steigerung im Finanzbereich von 141.000 Euro. Zumindest die Sozialhilfeumlage hätte man für 2017 reservieren können, um die Erhöhung auffangen zu können.

Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sind gefordert.

Einige Punkte aus der Gemeinderatssitzung vom 05. April 2017:

Der Beschluss über den Generalunternehmer für den Um- und Zubau der

Volksschule wurde gefasst. Der Bestbieter wurde in einem zweistufigen Verhandlungsverfahren ermittelt. Das Vorhaben soll mit Schulbeginn 2018/2019 abgeschlossen sein.

Der Rechnungsabschluss 2016 war ein weiteres Thema.

Im Ordentlichen Haushalt gab es eine Steigerung von 1.828.945,92 Euro gegenüber dem Voranschlag auf 25.061.458,92 Euro.

Dabei wurde der verwahrte Rest der Stadtwerke - Ausschüttung aus 2015 von einer Million Euro - aktiviert. Damit konnte - zusammen mit einer höheren Ertragskraft - eine Rücklage von circa 1,4 Millionen Euro verbucht werden. Im Außerordentlichen Haushalt gab es eine Reduktion zum Voranschlag um 1.646.327,89 Euro auf 2.060.172,11 Euro.

Die ausgewiesenen Personalkosten im Verhältnis zur erhöhten Gesamtsumme betragen 29,87 Prozent (2015: 28,34 Prozent).

Auf Anfrage von Gemeinderat Joachim Dokter - nach der längst fälligen Erarbeitung von umfassenden Strukturmaßnahmen für das Budget 2018 - wurde ein erster Termin einer Budgetarbeitsgruppe mit 18. April 2017 genannt.

Unsere Fraktion wird sich in diese wichtige Materie sehr engagiert einbringen.



Der Steirische Seniorenring Ortsgruppe Gleisdorf gibt folgendes Programm für 2017 bekannt:

Montag, 03. Juli 2017:
Überraschungsfahrt

Donnerstag, 14. September 2017:
Rindenskapelle Ranning
Buschenschank Wolf

Donnerstag, 12. Oktober 2017:
Weinstraße

Donnerstag, 09. November 2017:
Martinigansl in Mogsersdorf

Anmeldungen nehmen gerne entgegen:
Obfrau Gerti Grinschgl | Tel.: 0664 / 63 04 877
Kassier Monika Kober | Tel.: 0664 / 37 15 641

Wir freuen uns auf Ihren Anruf!

Bezirksbüro Weiz

Lederergasse 12, 8160 Weiz

Bürozeiten:

Mo, Di, Do, Fr 08:00 – 13:00 Uhr
Mi 13:00 – 18:00 Uhr

Erreichbarkeiten:

Tel: 03172/30654
Mobil: 0664/3528059
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at
HP: www.fpoe-weiz.at



Bezirkssekretärin
Nicol Prem



Bezirkssekretärin
Kerstin Fasching

Das Flüchtlingsdilemma

Sehr viel ist über dieses Thema schon gesagt und geschrieben worden. So viel, dass man schon den Eindruck haben könnte, es gäbe nichts, was nicht schon gesagt ist. Manches davon ist wohl wahr. Einiges gilt es stark zu bezweifeln. Sicher scheint nur eines: Es wird immer schlimmer.

Zwar liest und hört man immer, dass die Lage sich entspannt hätte. Die Situation sei unter Kontrolle. Fakt ist, dass die Zahl der Flüchtlinge, die via die Türkei Europa erreichen, deutlich zurückgegangen ist. Es steigt aber die Zahl auf der Route von Libyen nach Italien besorgniserregend auf heuer schon 40.000 Migranten an. Das sind um rund 40 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2016. Beim EU-Gipfel in Malta wurde vereinbart, Libyen viel Geld (200 Millionen Euro) zu geben, um die Migranten von einer Flucht nach Europa abzuhalten. Eine Einigung, die nur mit Bauchweh erzielt wurde. Es war doch

den EU-Spitzen klar, dass auf Libyen kein Verlass ist. Stichwort: EU. Die Versager in Brüssel, die mit ihrer falschen „Willkommenspolitik“ erst dafür gesorgt haben, dass wir in diese Situation gekommen sind, meinen ja nach wie vor, dass wir alles unter Kontrolle hätten. Weiters sei dieser Zuzug ein wichtiger Bestandteil des künftigen Europas - wertvoller als Gold.

Da stellt sich die Frage, wie dieses Europa aussehen soll. In Österreich etwa ist die Verbrechensrate seit Ende 2014 um 37 Prozent angestiegen. In unserem Nachbarland Deutschland sind Sexualdelikte um unfassbare 77 Prozent gestiegen! Wie kann so etwas zustande kommen? Man kann das nur darauf zurückführen, dass sich die sogenannten „Flüchtlinge“ einfach nicht integrieren wollen. Ganz einfach. Allein wenn man sich das Frauenbild ansieht, muss man feststellen, dass dieses niemals mit

jenem eines modernen Europäers (was auch immer das heißt) im Einklang sein kann. Sogar einstige „Willkommensheißer“ wie Sebastian Kurz - ich erinnere an Zitate wie „Der durchschnittliche Zuwanderer von heute ist gebildeter als der durchschnittliche Österreicher“ - haben mittlerweile eingesehen, dass das nicht so ist und dass es so nicht weitergehen kann. Wie glaubwürdig Herr Kurz ist, ist allerdings sehr fraglich. Geht es hier nur um Stimmen?

Lange Rede, kurzer Sinn! Es muss sich etwas ändern in diesem Flüchtlingsdilemma - und zwar schnell. Unsere ungarischen Nachbarn zeigen vor, wie es gehen könnte. Sonst muss man sich bald wirklich fürchten, ein Fremder im eigenen Lande zu sein.

Alles Gute und beste Grüße
GR Harald Lembacher



Stärkere Wertschätzung der Familienarbeit

Familieninterne Kindererziehung durch Eltern muss entsprechend gefördert werden!

Während zunehmend Maßnahmen gesetzt werden, um das externe Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren auszubauen, werden Eltern, die sich selbst der Kinderziehung widmen, massiv benachteiligt. Im Gegensatz zur familieninternen Kindererziehung erhalten Mütter und Väter, deren Sprösslinge regelmäßig eine Betreuungseinrichtung besuchen, monatlich eine sogenannte „Kinderbetreuungshilfe“. Hingegen bekommen Eltern, die ihren Nachwuchs in den ersten Lebensjahren selbst zuhause betreuen, keine zusätzlichen Fördermittel seitens der öffentlichen Hand.

Zweifelsohne ist die außerhäusliche Obhut wichtig und bildet eine entscheidende Wahlmöglichkeit für Eltern, die diese Form von Kinderbetreuung brauchen bzw. wollen. Es stößt jedoch auf Unverständnis, dass nur jene Leistung, welche am Markt erbracht wird, einen Wert hat. Insbesondere die familieninterne Betreu-

ung sollte entsprechend gefördert und subventioniert werden.

Im unbestrittenen Wissen darüber, wie wichtig gerade die ersten Lebensjahre für die Entwicklung des Nachwuchses sind, beantragte die FPÖ erneut, ein Familienförderungsmodell zu etablieren, wodurch Eltern bei der eigenständigen Kindererziehung finanziell unterstützt werden. Mit der Umsetzung dieses Fördermodells soll ein Stück mehr Gerechtigkeit zwischen der Unterstützung von familiärer und externer Kinderbetreuung erreicht und „echte Wahlfreiheit“ für Familien sichergestellt werden. Es geht dabei vor allem um die Wertschätzung der Arbeit jener Eltern, welche die Erziehung eigenverantwortlich und familienintern wahrnehmen und damit eine wertvolle Leistung für die Gesellschaft einbringen.

STEIERMARK

Dienstag, 23. Mai 2017

4,2 Millionen für Asylheim

Es war, noch bevor die Grenze bei Spielfeld Ende Oktober 2015 von Tausenden überrrannt wurde, der erste große Aufreger in Sachen Flüchtlinge in der Steiermark.



Anfang September 2014 Astand Besuch des Innenministeriums in Spital am Semmering an. Bürgermeister Reinhard Reisinger (SP) wurde lapidar mitgeteilt, dass im Ortsteil Steinhaus ein Erstaufnahmезentrum mit 200 Betten installiert würde. Die Entlohnung war entsprechend, die Landes-Politik fühlte sich entmündigt, die Bevölkerung bevormundet. Proteste und Straßensperren folgten...

Die damalige Innenministerin Johanna Mikl-Leitner scherzte das alles nicht, es wurde über die Steiermark einfach „d'rüberg'fahren“...

Was folgte, ist Kriminalgeschichte: Schlägereien, 37 Polizeieinsätze im

Haus Semmering kostet Unsummen, obwohl dort nur mehr wenige Flüchtlinge untergebracht sind...

ersten Betriebsjahr. Körperverletzung, Diebstahl, dazu 93 Verwaltungsübertretungen. Mittlerweile ist ein bisschen umstrukturiert worden, sind entscheidend weniger Flüchtlinge im „Haus Semmering“ untergebracht, wie eine Anfrage, eingebracht durch FP-Bundesrat Arnd Meißel, an den Innenminister ans Licht gebracht hat. Im Juli 2016 etwa 124, im August lediglich 26 unbegleitete Minderjährige, im November waren es dann wieder 56.

Der Bundesrat hat auch die Kosten hinterfragt, und da zieht's einem, auf gut Steirisch, die „Schuacht“ aus. Obwohl es eine sehr deutliche Reduktion bei den Asylwerbern gegeben hat, kostete das Quartier im Jahr 2016 unfassbare 4,2 Millionen... Und billiger scheint es auch nicht zu werden: Denn in seiner Vorschau hat das Innenministerium für das laufende 2017er-Jahr bereits einen Teilbetrag von 560.000 Euro an die Betreiberfirma überwiesen...



Ostblockcharme im „Haus Semmering“. FP-Bundesrat Arnd Meißel hat die Anfrage zu den jährlichen Kosten eingebracht.

FPÖ-Hafner: „Lkw-Maut würde eine wirtschafts- und konsumentenfeindliche Belastung darstellen!“

Freiheitliche sprechen sich klar gegen Grünen-Vorstoß aus. Lkw-Maut würde der Steiermark nachhaltig schaden.

Im Zuge der letzten Landtagssitzung unternahmen die Grünen erneut einen Versuch, die Einführung einer flächendeckenden Lkw-Maut zu erwirken. Die Freiheitlichen erteilen dem Antrag der vermeintlichen Öko-Partei eine klare Absage. „Eine Lkw-Maut würde nicht nur Arbeitsplätze in der Transportwirtschaft gefährden, sondern letztlich auch den Endkonsumenten massiv belasten“, erklärt FPÖ-Verkehrssprecher Erich Hafner.



Die wirtschaftsfeindliche Lkw-Maut wird aber nicht nur von den ohnehin völlig realitätsfremd agierenden Grünen, sondern auch vom amtierenden Infrastrukturminister und designierten steirischen SPÖ-Nationalratsspitzenkandidaten Jörg Leichtfried immer wieder gefordert. „Der obersteirische Sozialist Leichtfried schürt in seinen politischen Wortmeldungen häufig klassenkämpferisch motivierte Ressentiments gegen Unternehmen. Der SPÖ-Minister ignoriert in diesem Zusammenhang in einer beachtlichen Hartnäckigkeit die Tatsache, dass die heimische Transportwirtschaft schon jetzt durch hohe Gebühren, wie beispielsweise eine weit überdurchschnittliche KFZ-Steuer, belastet wird“, kritisiert Hafner. Der Freiheitliche hält zudem fest, dass das Abkassieren in einer flächendeckenden Lkw-Maut letzten Endes alle Bürger treffen würde. „Verteuert sich der Transport, werden auch die transportierten Güter

teurer, was in Zeiten einer angespannten Wirtschaftslage verheerende Auswirkungen auf den Konsum hätte“, betont der freiheitliche Verkehrssprecher.

Die FPÖ fordert, im Rahmen einer Zweckbindung der Mineralölsteuer notwendige Geldmittel für die Straßenerhaltungsmaßnahmen zu gewährleisten. „Leider wurden entsprechende freiheitliche Anträge bisher von Rot und Schwarz nicht umgesetzt. Offenbar sind die Regierungsparteien nicht an einer nachhaltigen und vernunftorientierten Lösung des Finanzierungsproblems interessiert“, schließt Hafner.

LAbg. BezPO GK Erich Hafner
E-Mail: erich.hafner@fpoe.at
Mobil: 0664 / 46 58 914

WERDE PARTEI:
www.fpoemitglied.at

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI WWW.FPOE.AT

AUF IHN KANN ÖSTERREICH IMMER ZÄHLEN ...

... während andere nur kurz vor Wahlen scheinbar klüger werden



FPÖ ~~(X)~~ Sonst wird sich nie was ändern